

27. I. 1917

174

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Gemeindeangelegenheiten.**

Wien, 26. Januar.

In einer heute abend vom deutschen Bezirkswahlverein Josefstadt im Festsaale des Deutschen Schulvereinshauses veranstalteten Versammlung hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede, in der er unter anderem ausführte: Zahlreiche erprobte und bewährte Arbeitskräfte der Gemeinde sind zur militärischen Dienstleistung eingezogen und den Zurückgebliebenen ist daher eine um so schwierigere und mühevollere Aufgabe überantwortet. Von den rund 40.000 Angestellten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen sind mehr als 15.000 eingezogen. Die steigenden Preise der Lebensmittel und aller anderen Verbrauchsartikel haben der Gemeinde schon im Mai 1915 Veranlassung gegeben, Kriegszulagen zu gewähren, dieselben im April 1916 wesentlich zu erweitern, und nun hat der Wiener Gemeinderat das dritte Mal eine Erhöhung und Ausdehnung der Kriegszulagen ab 1. Januar 1917 beschlossen. Die Gesamtkosten für die Kriegsfürsorgemaßnahmen zugunsten der Angestellten der Gemeinde belaufen sich seit Kriegsbeginn auf 38,752.440 Kronen. So gerechtfertigt diese Auslagen sind und so gerne wir sie alle unseren Beamten, Lehrern und Arbeitern anerkenne, läßt sich doch andererseits nicht

verhehlen, daß durch diese Zuwendungen die budgetären Verhältnisse der Gemeinde in eine sehr schwierige Position gekommen sind und im Laufe der nächsten Monate eine Reihe von Maßnahmen zur Deckung dieser Mehrerfordernisse getroffen werden müssen. Die Deckung ist um so schwieriger zu finden, als wir in einer Zeit der steigenden Opfer für die staatlichen Erfordernisse stehen. Tarifserhöhungen, die Erhöhung der Steuern, Stempel und Gebühren belasten die Gemeinde in namhafter Weise. So betragen, um nur ein Beispiel hervorzuheben, die Mehranslagen des Gaswerkes für Kohle anlässlich der Erhöhung der Tarife 22 Millionen Kronen per Jahr und die Leistungen derselben städtischen Unternehmung infolge der erhöhten Steuern und Gebühren 23 Millionen per Jahr, zusammen daher 45 Millionen Kronen. Es wird wohl jedem einleuchten, wie schwer es unter solchen Verhältnissen der Gemeinde wird, aus den Erträgen der Unternehmungen die eigenen erhöhten Auslagen zur Deckung zu bringen.

Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß auf einem staatlichen Gebiete, der Kriegsfürsorge, bisher verfaumt wurde, in ausreichender Weise den geänderten Lebensbedingungen Rechnung zu tragen. Durch das Gesetz vom Jahre 1912 wurde der staatliche Unterhaltsbeitrag für die Familienangehörigen der Eingezogenen eingeführt und es ist zweifellos, daß dieses Gesetz nicht nur für hunderttausende Familien, sondern auch für die Gemeinden sich segensreich erwiesen hat. Allein wenn auch im August 1914 der staatliche Unterhaltsbeitrag von 1 K. 32 S., beziehungsweise 66 S. für ein Kind unter 8 Jahren, als eben noch ausreichend bezeichnet werden konnte, so ist dies im Januar 1917 absolut unzureichend. Gegenüber der vielprozentigen Steigerung unentbehrlicher Verbrauchsartikel ist der Unterhaltsbeitrag derselbe geblieben und die Regierung hat sich lediglich darauf beschränkt, durch eine wohlwollende Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen die ärgsten Härten des Gesetzes auszugleichen. Ende des Jahres 1916 standen in Wien 474.300 Personen im Genusse des staatlichen Unterhaltsbeitrages, das ist somit etwa der vierte Teil der Wiener Bevölkerung.

Von der Fürsorge für die städtischen Angestellten und der staatlichen Fürsorge für die Familien der Eingezogenen wende ich meine sorgenvollen Augen auf die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes. Es ist gewiß, daß auch eine Reihe von Gewerben infolge der gesteigerten Lieferungen für die Armee Verdienst und Nutzen zog. Aber es läßt sich andererseits nicht leugnen, daß andere und breite Schichten des Gewerbes durch die mehr und mehr einschränkenden Verordnungen der Regierung, durch den Mangel an Rohmaterialien und Halbfabrikaten sowie durch den Personalangel arg in Mitleidenschaft gezogen sind und in ihrer Existenz auf das schwerste bedroht werden.

Was die Gemeinde in dieser Beziehung tun konnte, hat sie redlich geleistet, teils durch Garantieübernahmen für die gewerblichen Kredite, teils im Wege des bei der Zentralsparkasse bestehenden Kreditvereines, durch Notstandsausträge, durch Bereitstellung von Lagerräumen für die Mobilien und Werkzeuge der Eingezogenen, aber eine direkte Einflußnahme fehlt und die Gemeinde muß insbesondere an die Regierung mit der Forderung herantreten, alle Maßnahmen rechtzeitig zu treffen, damit wenigstens nach Kriegsschlus an den Wiederaufbau zahlreicher kleingewerblicher Existenzen geschritten werden kann. Insbesondere hat aber auch der legitime Handel durch die staatliche Gründung von Zentralstellen schwer gelitten. Ich danke hier öffentlich dem Handelsminister Dr. Urban, welcher in einem vorgestern erschienenen Erlasse die öffentliche Rechnungslegung der verschiedenen Zentralstellen nach sachgemäßer Prüfung ihrer Bilanzen angeordnet hat. Wir können mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß die Ueberschüsse dieser Zentralstellen der Regierung zu übergeben sind, müssen aber daran die Forderung knüpfen, daß diese Ueberschüsse nach Kriegsschlus zum Vorteile jener Gewerbe verwendet werden, welche durch die Zentralstellen in ihrer Geschäftsentwicklung beschränkt oder behindert wurden. Ich habe insbesondere den Herrn Handelsminister gebeten, die Ueberschüsse der Häute- und Lederzentrale unbedingt den Schuhmachern zuzuführen, welche zu jenen Gewerbetreibenden gehören, welche am tiefsten und schwersten gelitten haben. Der Geist des Großkapitalismus und der Hochkonjunktur der Kriegsgewinner, welcher durch unsere Zeit zieht, ist unvereinbar mit den Grundsätzen, welche mir seit Jahren vertreten haben und welche dahin zielen, einen gesunden, tüchtigen, bürgerlichen Mittelstand zu erhalten.

Was die wichtige Frage der Approvisionierung der Stadt Wien betrifft, sind gewiß die kommenden Wochen der Monate Februar und März die schwierigsten. Die Gemeinde ist ja nicht in der Lage, selbst zu produzieren, sie ist aber auch nicht mehr in der Lage, selbstständig und freihändig einzukaufen, da ja die wichtigsten und unentbehrlichsten Konsumartikel längst der staatlichen Bewirtschaftung anheimgefallen sind und die Gemeinde mit dem vorlieb nehmen muß, was ihr von den Zentralstellen zugewiesen wird. Dabei werden die Schwierigkeiten noch erhöht durch die Schwierigkeiten des Transports und auch durch die Witterungsverhältnisse, so daß tatsächlich die Gemeinde, die in den Augen des großen Publikums für alle diese Verhältnisse verantwortlich gemacht wird, eine ungerechte Beurteilung erfährt. Immer mehr Kritik werden infolge der Knappheit zu Kartenartikeln und in Verfolgung dieses Regimes wird immer mehr nach Rationierung gestrebt. Der Hauptvorteil des Karten- und Rationierungssystems ist zweifellos der, daß ein gewisses Minimum jedem gesichert ist und daß er um dieses Minimum sich nicht anzustellen oder zu raufen braucht. Allerdings erkennen immer noch viele nicht die harte und schwere Kriegszeit und wollen sich nicht dazu bequemen, ebenfalls ihren Anteil an den Kriegsoffern auch in der Frage der Ernährung auf sich zu nehmen. Die bisherige Haltung der Wiener Bevölkerung gibt mir aber die Gewähr, daß auch die bevorstehenden schweren Zeiten mit Geduld und Ergebung in das von uns nicht verschuldete Schicksal getragen werden.

Unbetrt von der Tagesarbeit wollen wir aber unsere Blicke auf kommende Zeiten richten, die wir uns herbeiwünschen, auf die Zeiten des Friedens. Nebenbeleb, von neuen Hoffnungen getragen, wollen wir dann an die Arbeit gehen und durch ein großzügiges Investitionsprogramm den breiten Massen des Volkes die erwünschte Arbeit und den notwendigen Verdienst sichern.